

Einzelpreis 6000 Mr.

Bezugspreis für September wenn vor dem 5. September entrichtet:
In der Geschäftsstelle 150.000 Mr. pol.
Durch Zeitungsboten 160.000
die Post 167.000
Ausland 200.000

Redaktion und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer Straße Nr. 86.
Telephon Nr. 6-86.
Postcheckkonto 60.689.

Honorare werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt. Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Gefördert mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage frühmorgens Anzeigenpreise:

Die 7-gesp. Millimeterzeile 2000 Mr. pol.
Die 3-gesp. Reklamezeile (Millim.) 8000
Eingefandts im lokalen Teile 15000
bis zum 6. Oktober wenn im voraus entrichtet.

Für Arbeitsuchende besondere Vergünstigungen. Anzeigen an Sonn- und Feiertagen werden mit 25 Prozent berechnet, Auslandsinstitute 50%. Zuschlag bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt, Arbeitsniederlegung, Schließung der Zeitung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 116.

Lodz, Dienstag, den 2. Oktober 1923.

1. Jahrgang

Der Ernst der Lage in Deutschland.

Die Beziehungen zwischen Berlin und München sehr gespannt.

Wien, 30. September. (Pat.) Das „Neue Wiener Journal“ meldet aus Berlin: Die letzten Nachrichten aus Deutschland klingen ziemlich ernst. Der Generalkommissar Rahr hat nicht nur die Aufhebung der Ausfuhrbestimmungen zum Gesetz über den Schutz der Republik angeordnet, sondern auch die Bildung von Arbeiterwehren unterstellt. Die sozialistischen Kreise behaupten, daß Rahr unter dem Druck der öffentlichen Meinung an die Verhaftung der sozialistischen Führer geknüpft sei. Angekündigt werden sei es nicht ausgeschlossen, daß die Sozialisten aus dem Kabinett Stresemann austreten werden, was das Ende der „großen Regierungskoalition“ bedeuten würde. Bezeichnend für die Beziehungen zwischen Berlin und München ist, daß Rahr das Verbot des Hitler Organs „Der Völkische Beobachter“ nicht anerkannt hat und sich erst unter dem Druck Berlins zu einem Verbot des erwähnten Blattes auf 8 Tage bereit fand. Alle seine Verordnungen richtet Rahr gegen die Sozialdemokraten.

Wien, 30. September. (Pat.) Die „Neue Freie Presse“ berichtet: Die Spannung der Beziehungen zwischen Berlin und München wächst. Die Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik, die auf Anordnung Rahr's erfolgt ist, schafft nach der Auffassung der Berliner Kreise einen verwickelten Rechtskonflikt. In der Angelegenheit des bayrischen Verbots der Schaffung eines sozialistischen Selbstschutzes wird in Berlin erklärt, daß man von dem bayrischen Kommissar nichts Anderes erwarten können, da er jetzt mit der Reichsregierung regiere.

Berlin, 1. Oktober. (Pat.) Die Blätter berichten, daß gewisse Handelskreise mit der Möglichkeit einer Loslösung Bayerns vom Reich rechnen. Schon vor einer Woche haben einige bayrische Firmen ihre Depositen aus den Berliner Banken zurückgezogen.

Berlin, 1. Oktober. (Pat.) Aus München wird berichtet, daß Hitler, trotz des Verbots eine Versammlung einberufen habe, auf der er erklärte, daß der einzige Ausweg für Deutschland aus diesen beunruhigenden Verhältnissen der Krieg sei.

Berlin, 1. Oktober. (Pat.) Heute wurde vom Reichswehrminister an die Kommandos der Reichswehr nachstehender Befehl erlassen:

„Um eine Verunsicherung der Bevölkerung durch das Verbreiten von unbegründeten Gerüchten über Unruhen in den einzelnen Gebieteilen Deutschlands zu vermeiden, dürfen von der Presse mit Ausnahme von amtlichen Mitteilungen keinerlei diesbezügliche Nachrichten veröffentlicht werden.“

Berlin, 1. Oktober. (Pat.) Amtliche Mitteilung des Wolffbüros: Ein rechtsradikaler Stößtrupp versuchte heute morgen Rührin in seine Gewalt zu bekommen, zu welchen Zwecke er in die von Militär unbesetzte Altstadt einbrach. Der Kommandant von Rührin hat die Führung der angreifenden Abteilung übernommen. Die Befragung von Rührin, der nach Militär aus den Nachbarkräften zu Hilfe gekommen ist, hat den Befehl erhalten, selbst unter Anwendung der schärfsten Mittel die Ordnung wiederherzustellen.

Die neue deutsche Währung.

Eine Währungsbank mit 32 Milliarden Neumark.

Der Gesetzentwurf über die neue deutsche Währungs-währung, die sogenannte Neumark, liegt jetzt dem Reichsrat zur Beschlussfassung vor. Es wird danach eine Währungsbank mit 3200 Millionen Neumark stabilisiert, die durch Schuldverschreibungen bei der Landwirtschaft, der Industrie, Handel und Gewerbe aufgebracht werden. Als gesetzliche Zahlungsmittel werden zu gelten haben: einmal die Neumark und zweitens das jetzige Papiergeld, das in einem bestimmten Verhältnis gegen die Neumark eingetauscht werden kann. Zur Vermeidung einer Inflation der Neumark ist ausdrücklich festgesetzt, daß die auf Grund der Schuldverschreibungen ausgegebenen Neumark-Noten insgesamt keine größere Summe betragen dürfen als das Kapital der Währungsbank.

Blutige Zusammenstöße mit rheinischen Sonderbündlern.

16 Tote und viele Verwundete.

Düsseldorf, 1. Oktober. (Pat.) Gestern fand hier eine Versammlung von rheinischen Sonderbündlern statt,

die einen blutigen Verlauf nahm. Eine Gruppe von Polizisten erschien unerwartet und begann die Versammelten hinterrücks zu beschleßen. Trotzdem die Franzosen die Polizisten anforderten, das Schießen einzustellen, schossen diese weiter. Auch eine kommunistische Abteilung beschloß die manifestierenden Separatisten. Die Kasernen der deutschen Sicherheitspolizei wurden durch französische Militär besetzt. Die Polizisten wurden nach der Platzkommandantur abgeführt. Eine große Anzahl von Verwundeten wurde im französischen Militärkrankenhaus untergebracht. Auch die Kasernen der deutschen Sicherheitspolizei sind von Verwundeten überfüllt.

Düsseldorf, 1. Oktober. (Pat.) Die Nachricht bestätigte sich, daß gegen 30 Mitglieder der grünen Polizei unmittelbar aus den Kasernen erschienen und auf die versammelten Sonderbündler zu schießen begann, ohne irgendwie von ihnen provoziert worden zu sein. Als mehrere Mitglieder der rheinischen Garde das Feuer beantworteten, erschienen weitere 200 Mitglieder der grünen und der blauen Polizei, die die Versammelten mit Revolvern und Maschinengewehren zu beschleßen begannen. Französische Truppenabteilungen stellten die Ordnung wieder her. In der Stadt herrscht Ruhe.

Düsseldorf, 1. Oktober. (Pat.) Meldungen aus deutschen Quellen zufolge wurden während der gestrigen Unruhen in Düsseldorf 12 Sonderbündler und 4 Polizisten getötet. Die Anzahl der Verwundeten ist groß.

Anmerkung der Schriftleitung: Wir geben diese Meldungen, die aus französischen Quellen zu stammen scheinen, mit allem Vorbehalt wieder.

Berlin, 30. September. Die französische und die belgische Regierung haben die Ernennung des Reichsministers für das besetzte Gebiet, Fuchs, zum Reichskommissar für die Demobilisierung des Widerstandes im besetzten Gebiet nicht anerkannt.

Poincaré redet . . .

Frankreich muß einen vollständigen Sieg erringen

Paris, 30. September. (Pat.) In seiner Rede in Bois de Boulogne stellte Poincaré fest, daß Deutschland die Vorauszahlung von 9500 Trillionen Mark im Laufe von 15 Tagen selbst eingeleiste. Seine Mittel auf diese Weise verwendend, hätte es sich selbst soweit gebracht, daß es ihm unmöglich wurde, seine sinnlose Politik weiter zu betreiben. Der französische Ministerpräsident äußerte seine Verwunderung darüber, daß Deutschland, um sich den Rückzug zu decken, zu allerhand Aufständen und Drohungen seine Zuflucht nehme und Frankreich die Unterdrückung des Ruhrgebietes und angebliche Gewaltakte unterjähle. Ein solcher Standpunkt Deutschlands zwinge Frankreich, auf der Hut zu sein. Poincaré schloß seine Rede mit der Erklärung, daß Frankreich den im Ruhrgebiet errungenen Erfolg dem unerschütterlichen Einheitswillen der Parteien zu verdanken habe, der in hervorragendem Maße die innere Bewegung gestärkt habe. Frankreich müsse einen vollständigen Sieg erringen, wie er ihm von den Friedensverträgen zugesichert worden sei.

Paris, 1. Oktober. (Pat.) Poincaré hielt in Bar-le-Duc eine Rede, in der er feststellte, daß der Widerstand des Deutschen Reiches selbst zusammengebrochen sei. Die Reichsregierung habe jedoch zu ihrer Erklärung falsche Kommentare und lägenhafte (!) Versicherungen hinzugefügt. Die Verordnung über die Einstellung des passiven Widerstandes enthalte wunderliche und ausfuchstige Termini. „Bisher haben wir das Wort“, sagte Poincaré, „und das ist nicht sehr entgegenkommend. Lassen wir uns nicht durch einen vorzeitigen Sieg beirren, um den Enttäuschungen und Unannehmlichkeiten zu entgehen, denen Frankreich bereits mehrfach ausgesetzt war. Die Schwierigkeiten können morgen noch größer und ernster sein. Wir sind entschlossen, sie ruhig zu erwarten. Wir werden Herren der Situation sein“, schloß Poincaré, „wenn alle Franzosen kaltes Blut bis zu dem Augenblick bewahren, da sie das Recht haben werden, ihre realen Erfolge zu feiern, die sie sich selbst zu verdanken haben werden.“

§ 10.

Unser geschätzter Mitarbeiter schreibt uns aus Genf, 27. September:

Bekanntlich besagt § 10 des Völkerbundespatentes, daß alle Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, mit ihrer Wehrmacht für den Schutz der Freiheit und die territoriale Integrität jedes anderen Mitgliedsstaates des Bundes eintreten müssen.

Gegenwärtig gehört der § 10 zu den heikelmäßigsten des ganzen Völkerbundespatentes, er bildet eines der wesentlichsten Hindernisse für die Fortentwicklung des Bundes, denn verschiedene Staaten wollen diese Verpflichtung nicht auf sich nehmen. Sie befürchten, man könnte sie in leichtfertiger vom Jähne gebrochene Kriege — nicht immer läßt sich feststellen, wo die Defensive aufhört und die Offensive beginnt — hineinziehen. Zu diesen Staaten gehören vor allem die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die sich besonders an die Verpflichtung, allen Staaten ihre gegenwärtigen Territorien zu garantieren, stoßen.

Andererseits bedeutet die in § 10 enthaltene Garantie für alle kleinen und mittelgroßen Staaten, eine der wesentlichsten Schutzbestimmungen, denn sie sehen gerade im Völkerbund ihre natürliche Schutzorganisation.

Nachdem sich nun alle bisherigen Völkerbundesversammlungen auf Antrag Kanadas mit der Frage einer Abänderung des § 10 befaßt haben, ohne daß es ihnen möglich war, eine Formel, die beide Auffassungen miteinander ausgeglichen hätte, zu finden, hat sich auch die 4. Völkerbundesversammlung jetzt mit dieser Frage befaßt. Da nun die Abänderung des Paragraphen verschiedene große Schwierigkeiten mit sich bringt — sie muß durch jeden der Mitgliedsstaaten ratifiziert werden — so schlug man dieses Mal einen für die Psychologie der Völkerbundesversammlung sehr charakteristischen Weg ein — man machte den Versuch, statt einer direkten Abänderung der Paragraphen jetzt einen gefälligeren Mobus zu finden, d. h. ihn einfach in gewünschtem Sinne zu interpretieren. Die Kommission schlug demgemäß vor, die Versammlung solle beschließen, daß es Sache des Parlaments jedes Mitgliedsstaates wäre zu bestimmen, wie weit und in welchem Maße jedes Land durch Anwendung seiner Streitkräfte die übernommene Verpflichtung einhalten kann.

Auf diese Weise hoffte man, die Verpflichtung des § 10 aufrechtzuerhalten, gleichzeitig aber den interessierten Staaten die Möglichkeit zu geben, sich in der Praxis von ihr zu lösen. Doch die Versammlung nahm diese Zumutung der Kommission keineswegs stillschweigend hin. Persien und Panama erklärten gegen diese Interpretierung stimmen zu wollen, und eine ganze Reihe anderer Staaten erklärten, auch sie seien gegen den Vorschlag, doch um den Willen der Majorität zu respektieren, würden sie nicht gegen die Interpretierung stimmen, sondern Stimmenthaltung üben. Da aber die Beschlüsse der Völkerbundesversammlung, um wirksam zu sein, einstimmig gefaßt sein müssen, beschwor der Berichterstatter, Dandrat Motta, die Vertreter Persiens und Panamas sich doch auch der Stimme zu enthalten, denn anderenfalls würde man auch jetzt nach drei Jahren, in dieser Frage nicht vorwärts kommen. Darauf erklärte auch Panama sich zur Stimmenthaltung bereit, standhaft blieb nur die persische Delegation, sie stimmte dagegen (bei 29 Staaten, die dafür stimmten und 13, die sich der Stimme enthalten) und die Interpretierung konnte nicht angenommen werden. Die Frage, wie der § 10 zu verstehen ist, bleibt somit auch in Zukunft offen.

Dieser Vorfall beweist, wie sehr sich die Bestimmung, daß alle Entscheidungen des Völkerbundes einstimmig getroffen werden müssen — sie stellt eine der größten Mängel der Völkerbundesorganisation dar — bei der praktischen Arbeit rächt. Jedes Mitglied des Völkerbundes hat augenblicklich die Möglichkeit, die Arbeiten der Versammlung anzuhalten (Erinnert das nicht an das Liberveto der Polen von einst? Die Fr. Pr.) und zu sabotieren, ein Zustand, der bereits heute als unhaltbar erkannt wird und aber kurz oder lang beseitigt werden dürfte.

Das Wichtigste im Blatt:

Offizieller Dollarkurs = 380.000 poln. Mark.

Der Ernst der Lage in Deutschland.

Blutige Zusammenstöße mit rheinischen Sonderbündlern. § 10 (Leitartikel).

Die Wahlen in den Völkerbundrat.

Die Konferenz des bittischen Imperiums.

Zum Schluß noch die Feststellung, daß man sich mit der Stellungnahme der estländischen Delegation in dieser Angelegenheit rückhaltlos einverstanden erklären kann, kurz und klar sprach sie sich gegen die Annahme der Interpretation aus, da diese letzten Endes die im § 10 enthaltene Garantie beseitige. Die Stellungnahme Estlands wurde auch von Finnland und Litauen geteilt, während Lettland sich für die Interpretation erklärte.

Dr. Gualb Ammend.

Die Rede Murrays im Völkerbund.

In folgender Weise sei an der Hand eines ausführlichen Berichtes der „Danz. Ztg.“ die sensationelle Rede des Delegierten von Südafrika, des Professors der Universität Oxford, Murray, wiedergegeben.

Nach einer Rede des indischen Fürsten Macanagar, wandte sich Professor Murray mit einem leidenschaftlichen Aufruf an die Versammlung, sie solle das Memorandum der Gewerkschaftsinternationale, das ihr vor einigen Tagen zugegangen sei, nicht leichtfertig ablehnen. Die Gewerkschaftsinternationale spreche im Namen von 20 Millionen Arbeitern der ganzen Erde, und wenn auch solche Zahlen maßlos übertrieben wären, so könne er versichern, daß keine einzige Arbeiterversammlung in England oder im britischen Reich anders urteilen würde. Es sei übrigens das erste Mal, daß sich die Arbeiter vertrauensvoll an den Völkerbund wenden. Es wäre wenig schön, das Memorandum abzulehnen oder beiseite zu legen. Alle Welt sei im Grunde einig über das Problem der Reparationsfrage, einerseits, daß Reparationen geleistet werden müssen, und andererseits, daß es nur im Rahmen des Möglichen geschehen könne. Warum also sollte man sich nicht einigen? Murray appellierte dann an die Versammlung folgendermaßen:

Ohne jemand zu nahe treten zu wollen, kann ich beiden beteiligten Parteien sagen: Vier Jahre lang haben wir dieses Problem nicht lösen können, während draußen die Welt, die von Haß regiert wird, arm und hoffnungslos geworden ist. In diesen vier Jahren hat sich der Völkerbund mit so manchem Elend der Menschheit beschäftigt, Hunderttausende von Kriegsgefangenen heimgeschickt, Flüchtlinge gerettet, Millionen von Menschen ernährt, die unter der Hungersnot litten, er hat den weißen Sklavenhandel bekämpft. Aber wozu führt das alles, wenn das einzige nicht gelöste Problem Europa in Verzweiflung und Ruin führt?

Im vergangenen Jahre bereits hat der Völkerbund bei den Regierungen um die Erlaubnis gebeten, sich mit diesem Problem beschäftigen zu dürfen. Einstimmig hat er die Resolution angenommen, auf die niemals eine Antwort erfolgte. Damit ist eine Situation geschaffen worden, die England und Frankreich bewogen hat, ihre Streitkräfte zu vermehren. Die Kriegsgefahr in der Zukunft ist gewiß ernst und es gibt kein sichereres Mittel, die Kriegsgefahr zu verbreiten, als wenn eine Macht das Gebiet des Feindes mit ihren Truppen plötzlich besetzt. Aber noch ernster ist die Gefahr der langsamen Auflösung und allmählichen Besetzung, die unter unserem System eine große und reiche Nation erlitt. Wir können nicht ohne Mittel und ohne Furcht denken eines solchen Auflösungsprozesses sein. Ich will keine sensationelle Form gebrauchen und nicht vom Ruin der europäischen Zivilisation sprechen. Aber es ist eine unerschütterliche Tatsache, daß die Nichtlösung der Reparationsfrage das Niveau des menschlichen Lebens für mehrere Generationen sehr verschlechtert hat. Wenn der deutsche Arbeiter acht Stunden lang arbeiten muß, um täglich einige Pfennige zu verdienen, so kann der französische und der britische Arbeiter nicht dauernd für eine achtstündige Arbeit acht oder zehnmal so viel verdienen.

Aber es scheint mir fast unmöglich, einem Volke ein noch größeres Unglück aufzuerlegen, als dieses allmähliche Zugrundegehen. Wenn Deutschland denselben Weg geht wie Rußland, und wenn der deutsche Hungersnot die englische Hungersnot und die Hungersnot in anderen Ländern folgt, so ist die Frage, ob der Weltkrieg nicht der Beginn eines noch entsetzlicheren Krieges sein wird, anstatt daß er der Beginn einer Friedensära sein sollte. Ich weiß nicht, mit welchen Mittelungsreben man dann noch den Kredit des Völkerbundes wird retten können und den Kredit der Regierungen, aus denen er sich zusammensetzt.

Am Schluß seiner Rede sagte Murray: „Im Namen des Ideals, das wir alle bekennen, im Namen der einfachsten Menschlichkeit, die noch größer ist als jedes Ideal, bestehe ich von neuem darauf, daß die in den letzten beiden Jahren auf Vorschlag Frankreichs (?) angenommene Resolution in diesem Jahre noch einmal angenommen wird. Der Völkerbund muß von den Regierungen verlangen, daß sie entweder eine schnelle Lösung finden oder diese Aufgabe dem Völkerbunde übertragen.“

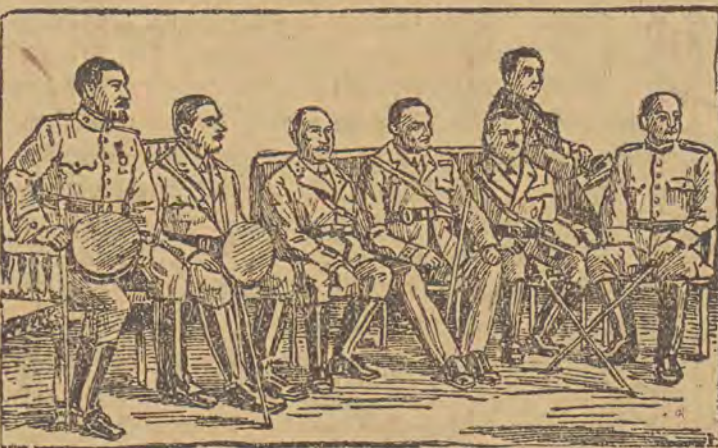
Von dem stürmischen Beifall, den die Rede Murrays fand, schloßen sich aber die französische, die belgische und, soweit man sehen konnte, auch die rumanische Delegation ostentativ aus.

Ein aufsehenerregender Prozeß in Sowjetrußland.



Im Sowjetrußischen obersten Gericht wurde dieser Tage gegen eine Reihe von Eisenbahndirektoren und -Beamten verhandelt, die beim Einkauf von Eisenbahnmateriale große Unterschleife begangen haben. Die Mehrzahl der Angeklagten, die unser Bild zeigt, wurde zum Tode verurteilt.

Die Diktatoren Spaniens.



Von links nach rechts: Daban, Sazo, Cobos, Primo de Rivera, Calvo Sotelo, Berenguer.

Die Wahlen zum Völkerbundsrat.

Rein Sitz für Polen.

Genf, 30. September. Die Wahlen zum Völkerbundsrat, die gestern nachmittag stattfanden, haben die vielfach erhoffte und vielfach befürchtete Überraschung nicht gebracht. An der Abstimmung nahmen 46 Stimmen teil. Die meisten Stimmen entfielen auf den für die Wahl am wenigsten interessierten Staat, dessen Wahl aber gleichwohl bis gestern vormittag noch zweifelhaft war, weil seine Bestimmung den südamerikanischen Staaten überlassen blieb, nämlich auf Uruguay, das den zweiten den Südamerikanern übergebenen Sitz im Völkerbundsrat einnimmt. Uruguay erhielt 40 Stimmen, woraus man ersieht, von welcher ausschlaggebenden Bedeutung die südamerikanischen Stimmen bei der Wahl sind. Es ergibt sich auch daraus, daß die nächstfolgende Stimmenzahl auf den anderen südamerikanischen Staat Brasilien entfiel, das mit 34 Stimmen gewählt wurde. Belgien, dessen Mitarbeit im Rate von allen Staaten gewünscht worden war, brachte es gleichwohl nur auf 32 Stimmen, und die gleiche Stimmenzahl erhielt trotz aller Gegenpropaganda auch Schweden. Die Tschechoslowakei, die sicherlich eine höhere Stimmenzahl erreicht hätte, wenn nicht die polnische Propaganda eine Anzahl Stimmen für Polen gewonnen hätte, mußte sich mit 30 Stimmen begnügen, und mit ebensoviele Stimmen kommt auch Spanien wieder in den Rat, das sich durch seinen Widerstand gegen die Ratifizierung des Wahlreglements zum Rate manche Sympathien verschert hatte.

Das Ergebnis ist also, daß in der bisherigen Zusammensetzung des Rates nur eine einzige Änderung erfolgt, daß an Stelle Chinas, auf das es einmal zehn Stimmen entfielen, die Tschechoslowakei in den Rat eintritt. Der Rat des Völkerbundes besteht also für 19 4 aus 4 ständigen Mitgliedern England (Lord Robert Cecil), Frankreich (Gastaut), Japan (Bicomte Shit), Italien (Salandra) und den nicht ständigen Mitgliedern Uruguay, Brasilien (Rio Branco), Belgien (Gymans), Schweden (Branting), Spanien (Quinones de León), und der Tschechoslowakei (Wenesch). Nach der für sich angenommenen Empfehlung der Versammlung für die Ratwahlen sollte einer der nicht ständigen Sitze an einen asiatischen Staat gegeben werden, weshalb man vielfach gemeint hatte, daß Persien an die Stelle Chinas treten werde. Dem hat die Versammlung nun selbst nicht Rechnung getragen, da sich in letzter Stunde eine Mehrheit darauf geeinigt zu haben scheint, außer China noch Mölchkeit keine der bisherigen Mitglieder auszuwählen; da andererseits für die Tschechoslowakei ein Platz sein mußte, so kam keiner der asiatischen Staaten mehr an die Reihe. Polen erhielt nur 17 Stimmen, trotzdem es die verschiedenartigsten und ungünstigsten Wahlbündnisse abgeschlossen hatte. Persien erhielt 4 Stimmen und der Rest zerstreute sich auf Chile, Island, Schweiz, Indien, Kanada, Österreich, Kolumbien und Estland.

Die Konferenz des britischen Imperiums.

Waldwin über den Reparationskonflikt.

London, 30. September. (Nat.) Ein amtliches Komunique besagt, daß zur Konferenz des britischen Imperiums hier bereits alle Delegierten der englischen Dominions, mit Ausnahme des australischen Ministerpräsidenten Bruce, der in den nächsten Tagen erwartet wird, eingetroffen sind. Die Konferenz, deren Eröffnung morgen erfolgt, ist Gegenstand lebhaftesten Interesses.

London, 1. Oktober. (Nat.) Gelegentlich der Eröffnung der Konferenz hielt Ministerpräsident Baldwin eine längere Begrüßungsrede, in der er politische Fragen berührte. Vorzüglich der Beziehungen Englands zu Deutschland schilderte Baldwin in großen Umrissen die Verhandlungen mit Deutschland bis zur Januarvorlesung. Bei Besprechung der englisch-französischen Gegenstände, wie sie sich hinsichtlich des Standpunktes zu Deutschland in letzter Zeit gezeigt haben, stellte Baldwin fest, daß diese Meinungsverschiedenheiten vollständig wüßten, aber nur auf die Verdrängtheit des Temperaments der beiden Völker zurückzuführen gewesen seien. Die Vorfrage, die die englische Politik lebensgefährlich mache, sei nur vom Willen der Erhaltung des Bündnisses mit Frankreich diktiert worden.

Daß man der britischen Regierung Wandel in der Außenpolitik zuschreibe, sei mit dem Vorkommen unvereinbar. Die Erhaltung des Bündnisses mit Frankreich habe die englische Regierung als unerlässliche Vorbedingung für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa angesehen. Der gegenwärtige Augenblick scheine eine neue Phase zu bilden, in die England die Einstellung des passiven Widerstandes durch Deutschland führe. Wie sich die Lage weiter entwickeln werde, sei heute schwer voranzuliegen. Doch scheine die gegenwärtige Lage sich mit jedem Tage zu klären. Rechner habe die Hoffnung, daß diese Lage der Dinge endlich zu einer günstigen Lösung der europäischen Probleme führen werde. Zum Schluß besprach sich Baldwin den beigelegten italienisch-griechischen Konflikt, wobei er die Rolle betonte, die der Völkerbund darin gespielt habe, sowie alle übrigen Fragen der englischen Politik.

Polen und die slawische Frage.

„Nowa Reforma“ stellt fest, daß dank der chauvinistischen Politik Polens die Rolle, die es in der slawischen Frage spielen mußte, auf Brag übertragen wird. Wir haben, so bemerkt die Zeitung, die Ukraine befreien wollen und sind heute so weit gekommen, daß wir nicht nur in unschlüssiger Weise die ukrainischen Bauern und ihre Kirche verfolgen und benachteiligen, sondern auch gegen unsere Bundesgenossen aus der Zeit Petljuras so unwürdig verhalten, daß verschiedene Minister Petljuras und höhere Militärs von unseren Gerichten zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt werden mußten. In Weißrußland, wo wir noch unlängst ein weißrussisches Volk, das zu Polen hinneigt, schaffen wollten, wird wohl ein weißrussisches Volk geschaffen, das jedoch für den polnischen Staat nichts übrig hat, da ein jeder Weißrusse, der versucht, mit uns Fühlung zu nehmen, vor dem Urteil der eigenen Bevölkerung stehen mußte. Dank dieser falschen Politik im Innern haben uns die Tschechen die führende Rolle im Slawentum aus unseren ungeschickten Händen genommen. Wir haben uns beweisen auch heute noch eine immer geringere Begriffsmäßigkeit und Unfähigkeit für den neuen Zeitgeist. Wir begehen gegenüber den slawischen Minderheiten Fehler auf Fehler und spielen nicht die Rolle, die wir spielen mußten.

Kurze politische Meldungen.

Aus Athen wird berichtet, daß die internationalisierte Untersuchungskommission Korku bereits verlassen habe. Alle italienischen Kriegsschiffe sind mit Ausnahme des Torpedobootes „Audace“ aus den Gewässern von Korku zurückgezogen worden.

In Danzig fand eine stürmische Versammlung der staatlichen Angestellten statt, auf der in Anbetracht dessen, daß der Senat die wirtschaftlichen Forderungen der Beamten unberücksichtigt gelassen hatte, verlangt wurde, in den Ausstand zu treten und dem Senat ein Ultimatum zu stellen.

Uebertragung eines „Zeppelins“ nach Amerika.



Unsere Karte zeigt den Weg, den das Luftschiff zurücklegen wird. (Siehe auch den Sonnabend Bericht unter „Sport“.)

Lokales.

Łódź, den 2. Oktober 1923.

Der neue Eisenbahnminister über sein Programm.

Der „Kurjer Poranny“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem neuen polnischen Eisenbahnminister Ossowicz, der einiges über sein Programm erzählt hat.

In erster Linie soll das Ministerium selbst einer durchgreifenden Umgestaltung unterzogen werden, auch sollen nach Möglichkeit die einzelnen Eisenbahndirektionen eingeschränkt werden. Ueberhaupt soll der Sparmaßstabsgrundsatz soweit als irgend möglich praktisch verwirklicht werden. U. a. sollen auch die Direktionen Kattowitz und Danzig, deren Sonderstellung bisher für sie größere Aufwendungen bei beschränktem Wirkungsbereich erfordert hatte, nach Möglichkeit den Verhältnissen anderer Direktionen angepaßt werden. Was die Tarifpolitik anlangt, so verspricht der Minister die Tarife so zu bemessen, daß das Wirtschaftsleben nicht geschädigt, das ungeheure Defizit der Eisenbahn aber herabgesetzt werde. Man müsse sich aber klar darüber sein, daß eine völlige Beseitigung des Fehlbetrags im Eisenbahnnetz vorläufig unmöglich sei. Man dürfe nicht vergessen, daß die Tarife in Polen immer noch um ein Vielfaches niedriger seien als vor dem Kriege. Allein für den Druck der neuen Tarifabellen gingen ungezählte Millionen drauf. In allernächster Zeit würden im polnischen Teil Oberschlesiens polnische Eisenbahntarife in Kraft treten. Entsprechende Verfügungen seien bereits ergangen.

Schließlich kündigte der Minister noch an, daß das Eisenbahnnetz im Warschauer Bezirk weiter ausgebaut und auch sonstige Verkehrsverbesserungen nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel geschaffen werden sollen.

Die Millionwka. In der Sonnabendziehung der 4 prozentigen Prämienanleihe (Millionwka) fiel die Million auf die Nr. 1 098 854, die von der Postparafasse in Warschau verkauft worden war.

Der Magistrat erhält Heringe aus Danzig. Der Magistratssekretär, Herr Wyszynski, kaufte in Danzig größere Mengen Heringe, die schon in den nächsten Tagen in Łódź eintreffen werden. Genossenschaften und sonstige Organisationen können schon jetzt bei der städtischen Handelsabteilung Heringe bestellen und den Wert einzahlen. Die Heringe treffen in ganzen und halben Tonnen ein und kosten um mehrere Hunderttausend Mark unter dem Marktpreis.

bip. Die beschlagnahmten Lebensmittel werden durch die Handelsabteilung des Magistrats an die Bevölkerung verkauft werden, und zwar noch in dieser Woche. Die zuerst geplante Verteilung durch die drei Arbeitergewerkschaften findet nicht statt, da dagegen von den Mittelstands-Kooperativen Einspruch erhoben wurde.

bip. Kampf mit der Teuerung. Wegen Berechnung zu hoher Preise wurden vom Wuchergericht verurteilt: der Milchhändler Jakob Juch zu 2 Millionen M. Geldstrafe und zwei Wochen Haft; die Grothändlerin Helena Jegus, Ogrodowa 26, zu 1 Million Mark; die Milchhändler Jakob Schöner (Kilinskiego 132) und Wincenty Sojbat (Gallum) zu je einer Million Mark.

Mittagessen für arme Schulkinder. Der Magistrat hat mit dem polnisch-amerikanischen Hilfskomitee für Kinder ein Abkommen getroffen, wonach dieses täglich 6000 Mittagessen für Schulkinder, die einer Zulassung bedürfen, liefern wird. Arme Kinder werden die Mahlzeiten umsonst erhalten, die andern werden $\frac{1}{2}$ des Preises — im Oktober 700 M. — bezahlen.

Was gestern teurer wurde.

Die Regierung gibt im Rahmen der Teuerungskontrollen den Takt an. Sie erhöht alle paar Tage die Preise und wundern sich dann, daß die Erzeuger und Händler in Stadt und Land ihrem Beispiel folgen.

Gestern trat auf fast allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens eine bedeutende Erhöhung aller Preise und Gebühren ein:

Die Post.

In erster Linie wurde das Porto erhöht. So kostet jetzt ein gewöhnlicher Brief 3000 M., ein eingeschriebener 6000 M., ein gewöhnlicher Auslandsbrief 5000 M., ein eingeschriebener 10 000 M.

Der Telegraph.

Die Telegrammgebühren bleiben natürlich nicht zurück — ein Wort kostet im Inlandsverkehr 3000 M., wobei eine Depesche wenigstens 30 000 M. und das Formular 3000 Mark kosten muß. Bei bringenden Depeschen kostet ein Wort 9000 M.

Die Eisenbahn.

Die Eisenbahnfahrpreise wurden um 100 Prozent erhöht, wobei an die Stelle der Streckenberechnung die der Kilometer tritt. Infolge der Erhöhung war gestern trotz der jüdischen freien Feiertage, an welchen mehr jüdische Reisende als sonst mit der Bahn fahren, der Verkehr als schwach zu bezeichnen. Die Züge, die auf dem Kalischer und nach Fabrikbahnhof eintrafen, wiesen eine nur geringe Zahl von Reisenden auf.

Auf den Zubrühbahnen.

pap. Der Tarif der Zubrühbahnen wurde gestern um 20 Prozent erhöht. Dem neuen Tarif zufolge sind zu zahlen: für eine Fahrt von Łódź nach Riera 24 000 M. (2. Klasse 35 000 M.), von Łódź nach Julianów 8000 M. (2. — 9000), von Julianów nach Helenów 10 000 M. (2. — 15 000), von Helenów nach Giera 9000 M. (13 000), von Giera (Kalischer Bahn) nach Dzierżewo 43 000 M., von Riera (Kalischer Bahn) nach dem Magistrat 8000 M., von Giera (Magistrat) nach Proboyszewice 6000 M., von Proboyszewice nach Lucmierz 10 000 Mark; von Lucmierz nach Elmit 10 000 Mark; von Kojek Kuj. nach Dzierżewo 6000 Mark; von Łódź nach Alexandrow 30 000 M. (2. Kl. 45 000). Łódź—Zubard 6000 M. (9000), Zubard—Kochanów 15 000 (23 000), Kochanów—Alexandrow 10 000 (15 000); von Łódź nach Browie 9000 (13 000), Browie—Konstantynów 18 000 (28 000), Browie—Srebrna 10 000 (15 000), Srebrna—Konstantynów 8000 (12 000); von Łódź nach Babianice 34 000 (2. Kl. 50 000), Łódź—Klingbahn 6000 (9000), Klingbahn—Chocianów 8000 (12 000), Chocianów—Kierow 10 000 (15 000), Kierow—Babianice 13 000 (20 000), von Łódź nach Ruda 16 000 (23 000), Klingbahn—Ruda 10 000 (15 000) von Ruda nach Rzym 15 000, von Rzym nach Tuszyń 20 000, von Tuszyń nach Kruszyn 10 000 Mark.

Stempelsteuer.

Auch die Stempelgebühren haben eine Erhöhung erfahren, so daß ein gewöhnliches Gesuch an die Behörden mit Stempelmärken für 120 000 Mark und jede Beilage mit solchen für 24 000 M. versehen sein muß. Für Gesuche zur Veranlassung von Luftfahrten, Kongressen, Ausstellungen u. s. w. beträgt die Stempelsteuer 280 000 Mark.

Streichhölzer und Pfeffer.

Auf Grund einer Verordnung des Ministerrats wurde am 1. Oktober die Steuer für Streichhölzer auf 600 M. für die Schachtel und die Steuer für Pfeffer auf 20 000 M. für das Kilo festgesetzt.

Die Apotheke.

Die Preise für Arzneien sind gleichfalls gestiegen. Die neue, bedeutend erhöhte Apothekertaxe ist bereits in Kraft getreten.

Das angeführte solcher Verhältnisse das Starben nicht billiger geworden ist, versteht sich von selbst.

pap. In der Gärtnereiausstellung erhielten den ersten Preis, die goldene Medaille, der Blumen- und Samenhandlungsbesitzer Wojciech Salwa für allegorische Bilder, die Gärtnerei „Stefanow“ für Chrysanthemen, Domkowski für Farne, der Leiter der städtischen Baumschulen Bogolewski für sorgfältige Baum- und Strauchpflege, der Leiter der städtischen Zuchtanlagen Modrzejewski für Farne, der Leiter des 1. Bezirks der städtischen Anlagen Besolek für Palmenzucht; den zweiten Preis, die silberne Medaille, erhielten der Gärtnereibesitzer Wozniakowski für einen Rosenzweig und der Gärtnereibesitzer Kolaczowski für Gemüse- und Blumenamen; den dritten Preis, die Bronzemedaille, erhielten Wozniakowski für Begonienzucht und der Gärtnerei des 3. Bezirks der städtischen Anlagen Miniewicz für die Ausschmückung der Ausstellungen. Den höchsten Preis, das Anerkennungsdiplom, erhielt der Magistrat für seine Tätigkeit auf dem Gebiete der städtischen Anlagen.

bip. Erhöhung der Haustiersteuer. Die Wojewodschaft erhöhte den Preis der Haustiersteuer wie folgt: für einen Stier, Ochsen oder eine Kuh 100 000 M., für eine Ziege 40 000 M., für ein Kalb 10 000 M., für ein Schaf oder eine Ziege 6000 M., für einen Hammel 2000 M., für ein Schwein 80 000 M.

bip. Erhöhung der Bezüge der Ärzte. Der Magistrat beschloß in seiner letzten Sitzung die Bezüge der Ärzte in den städtischen Krankenhäusern um 100 Proz. zu erhöhen. Somit erhält ein Arzt in den städtischen Krankenhäusern für einen Besuch in der Stadt 280 000 M. und außerhalb 440 000 M.

bip. Gepäckversicherung! Bekanntlich wurde von den Eisenbahnbehörden beim Verlorengang eines aufgegebenen Gepäckstücks nur 50 000 M. (vom 1. Oktober ab 120 000 M.) gezahlt. Um den Reisenden die Möglichkeit zu geben, ihr Gepäck besser zu versichern, werden Gepäckstücke auf den Bahnhöfen von der europäischen Gepäckversicherungsgesellschaft, Zweigstelle Polen, gegen Bezahlung von 5 Promille des angegebenen Wertes versichert.

bip. Neue Vorschriften für Wirtschaftler. Die städtische Abteilung für öffentliche Gesundheit hat neue Vorschriften für Wirtschaftler erlassen, auf Grund deren in Konditoreien, Kaffees und Teehallen nur Konditorwaren und Süßigkeiten sowie außer Alkohol jeder Art Getränke verkauft werden dürfen. In Wirtschaften dürfen nur Landprodukte, insbesondere Milchwaren und Gebäck sowie geräucherter oder getrockneter Fleischwaren zum Verkauf gelangen, im Laden selbst dürfen sie nicht gegessen werden. Die genannten Wirtschaften müssen in durchaus entsprechenden Räumen mit allen gesundheitlichen Einrichtungen untergebracht sein.

Die Industriesteuer. Die Schätzungskommission für die Industriesteuer in Łódź macht gemäß Art. 79 des Gesetzes vom 14. Mai bekannt, daß die Abgabenaufforderungen für die auf das 1. Halbjahr 1923 entfallende städtische Industriesteuer verfaßt worden sind. Die in diesen Aufforderungen angegebene Summe ist direkt nach der Vermittlung der Postparafasse in drei gleichen Raten zu zahlen, und zwar: Die 1. Rate bis zum 15. Oktober, die 2. Rate bis zum 10. November und die 3. Rate bis zum 10. Dezember 1923. Betreffs der Feststellung der Summe und der Steuersumme kann durch Vermittlung der zuständigen Schätzungskommission bis zum 15. Oktober in der Berufungskommission Berufung eingelegt werden. Dieses Recht steht allen den Zahlern nicht zu, welche Angaben über den Umsatz entweder garnicht oder nach Ablauf des Termins machen. Die Einlegung einer Berufung hält die Pflicht, die Steuer im vorgeschriebenen Termin zu zahlen, nicht auf.

Ein Mensch, der in sich nicht Frieden hat, kann nicht tapfer die äußeren Anfechtungen des Lebens bestehen.

Seume.

Stolze Herzen.

Roman von Fr. Lehne.

6. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Ein Ziel, aufs innigste zu wünschen.“ spottete Isabella. „Darauf hätte ich gerade gewartet! Die bekommen ihren Lohn, Papa sorgt für sie in jeder Hinsicht. Ich denke, das genügt.“

„Nein, das genügt nicht,“ widersprach Klaus. „Man kommt viel weiter, wenn man seinen Leuten zeigt, daß man auch ein Herz für sie und Interesse für ihre Angelegenheiten zeigt. Es sind doch auch Menschen.“

„Von denen wir durch eine weite Kluft, durch Geburt, Erziehung, Bildung getrennt sind.“

„Die man wohl etwas überbrücken kann, wenn man nur will.“

„Ich will aber nicht!“ rief Isa heftig. „Der Armeleute Gruch geht mir auf die Nerven.“

„Gutes kann man sich die armen Leute freundschaftlich gönnen und noch weniger teure Parfüms!“ versetzte Klaus ironisch. „Sie dürfen dabei aber nicht vergessen, daß die Leute Ihnen das Geld verdienen helfen, das Sie ausgeben!“

„Ah, Sie da, Herr Baron, welche Entdeckung! Sie sind ja der reine Volksbeglucker! Sicher werden Sie Ihr Altkhof auch in dem menschenfreundlichen Sinne sozialisieren, mit den Arbeitern an einem Tische sitzen usw.“

„Sie haben wirklich nicht nötig, gnädiges Fräulein, über mich zu spotten! Aber schließlich, es trifft mich nicht!“

Jedenfalls werde ich tun, was mein Gefühl und Herz mir vorschreiben.“

„Ah, dann habe ich wahrscheinlich nach Ihrer Ansicht kein Herz?“

„Leider kann ich dem nicht widersprechen,“ entgegnete Klaus ruhig, „und das ist sehr schade!“

Sein Blick funkelte ihn Isas Augen an, ihr Körper bebte.

„Ich fühle mich aber sehr behaglich dabei.“

„Wohl Ihnen! Doch bedaure ich das sehr! Doch vielleicht haben Sie ein wenig gegen Ihre Ueberzeugung gesprochen. Ich möchte das sogar annehmen.“

„Ich mir gar nicht eingestehen!“ Sie zuckte wegwerfend die Achseln, und ihre Mundwinkel bogen sich hochmütig hinab.

„Ich bin, wie ich bin, und werde mich nicht ändern! Das zu verlangen, wäre anmaßend von jemand, der nicht das Recht dazu hat.“

Isabella war außer sich. War ihm denn gar nicht beizukommen. Unbarmherzig knickte sie die Zweige, die sie beim Gehen auf dem schmalen Waldweg hinderten.

Klaus lächelte und blieb stehen; bisher war er neben Isabella einhergeschritten.

„Die armen Sträucher!“ sagte er bedauernd. „Ich will nicht die Veranlassung sein, daß noch mehr geknickt werden. Ich werde mit meiner Gegenwart nicht länger lästig fallen, da ich fühle, daß ich mir die allerhöchste Ungnade zugezogen habe.“

Lächelnd erwiderte er den Zornesblick des verwöhnten Mädchens. Isabella stampfte mit dem Fuße auf und wandte sich halb ab.

„Aber Herr Baron, das dürfen Sie nicht denken,“ bemerkte Adele sanft. „Nicht wahr, Belle?“

„Da hören Sie mein Verdammungsurteil, Fräulein“

Adele! Auf Wiedersehen denn!“ Er verneigte sich, drückte Adele herzlich die Hand und blickte erwartungsvoll auf Isa, die ihm noch immer den Rücken zugekehrte.

„Adieu!“ sagte sie kurz.

„Auf Wiedersehen, gnädiges Fräulein, und hoffentlich bei besserer Laune.“

Darauf wandte er sich lächelnd ab.

An Isabella bebt alles vor mühsam unterdrückter Erregung. Unwillkürlich ballten sich ihre Hände. Ihr Stolz war auf das empfindlichste gekränkt. Widerspruch war ihr noch nie geboten worden. Alle hatten sich bisher bedingungslos ihrer Ansicht gefügt; ihre Ansprüche waren als geistvoll bezeichnet oder als wichtig belacht worden — und der verarmte Baron, dessen Rolle in der Gesellschaft ausgespielt war, hatte es gewagt, sie wie ein Schulmädchen abzukanzeln und sie dann stehen zu lassen!

Und der Grund? Lächerlich!

Wieder stampfte sie mit dem Fuße auf und riß die Blätter von den Zweigen. „Unhör!“ rief sie zwischen den Zähnen hervor.

Adele schob ihren Arm unter den Isas und strich begütigend über ihre Hände.

„Komm, Belle, laß uns weiter gehen! Oder wollen wir lieber umkehren? Ich kann dir nicht sagen, wie leid mir dieser Zwischenfall tut, und ich bin zum Teil daran schuld.“

„Damit quäle dich nicht, liebe Adele. Aber zuerst famoler Baron scheint eine gute Dosis Selbstbewußtsein und Anmaßung zu besitzen — und er ist doch ein richtiger Lumpenbaron.“

Adele zuckte unter dem rohen Wort zusammen.

„Isabella,“ sagte sie leise mahnend, „er kann doch nichts für seine Lage.“

(Fortsetzung folgt).

pap. Die Zahlbarkeitssfrist der ersten Rate der Grundsteuer für das Jahr 1923 ist am 15. September abgelaufen. Zahler, die mit der Entrichtung im Rückstande sind, müssen 10 Proz. für jeden Monat mehr zahlen. Die zweite Rate, welche in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. November entrichtet werden soll, wird von der Regierung erhöht werden. Auf Grund einer Verordnung des Finanzministers wird die nicht entrichtete Steuersumme um das Sechsfache erhöht.

bip. Gesuche an den Magistrat. Von allen an das Magistrat gerichteten Gesuchen muß eine Stempelgebühr in Höhe von 20 000 M. und je 10 000 M. für jede Einlage entrichtet werden. Diese Gebühren sollen in allerhöchster Zeit erhöht werden.

Neue Fernsprecher-Gebühren. Die Verwaltung des Lodzer Telephonnetzes gibt bekannt, daß die Anschlußgebühren vom 1. Oktober ab wie folgt erhöht wurden: Für ein Abonnement in Privatwohnungen 2 400 000 M., für ein Sammelabonnement (Wohn- u. a.) 3 600 000 M., für ein öffentliches Abonnement (Banken, Hotels, Gastwirtschaften) 5 400 000 M. und für ein Abonnement auf ein Ferntelefon 1 800 000 M. Die einmalige Gebühr bei der Bestellung eines Ferntelefons beträgt 10 Millionen Mark.

bip. Neue Marktstandsgebühren. Die Magistratsverwaltung für städtische Unternehmen hat die Marktstandsgebühren um 50 Proz. erhöht.

Die Bevölkerungsbevölkerung. Laut den Angaben der städtischen statistischen Abteilung stellt sich die Einwohnerbevölkerung in Lodz im 2. Vierteljahr 1923 wie folgt dar: Im Monat April wurden 711 Ehen geschlossen, 1226 Geburten und 647 Todesfälle verzeichnet; im Monat Mai waren es 633 Ehebündnisse, 1244 Geburten und 647 Todesfälle sowie im Monat Juni 480 Ehebündnisse, 1161 Geburten und 649 Todesfälle. Der natürliche Bevölkerungszuwachs betrug somit im April 579, im Mai 597 und im Juni 512 Personen. Auf je 1000 Einwohner entfielen im Jahresverhältnis an natürlichem Zuwachs im April 13,8 (im vorigen Jahr 13,5), im Mai 14,2 (1922 19,0) und im Juni 12,1 (im Jahre 1922 19,0). Im ganzen hat sich im Laufe des genannten Vierteljahres die Zahl der Lodzer Einwohner um 4014 Personen vergrößert.

Von der städtischen Bibliothek. Vom 25. September ab wurde der 2. Saal der Besehalle bei der städtischen öffentlichen Bibliothek, der zeitweilig geschlossen war, wieder geöffnet, so daß die Besehalle nunmehr 74 Plätze aufweist.

Trauung. Heute am 7. Uhr abends findet die Trauung des Kaufmanns Herrn Otto Speidel mit Fräulein Sabina Tietz statt. Den zahlreichen Glückwünschen schließen auch wir uns an. Glückauf dem jungen Paare!

Zu den Senioratswahlen. Uns wird geschrieben: Die Gruppe der ehemaligen Lodzer Synagogen hat in der vergangenen Woche den Beschluß gefaßt, sich an den bevorstehenden Senioratswahlen nicht zu beteiligen, da auf das am 6. September an das Konfessionsgericht gerichtete Schreiben eine ausweichende Antwort erteilt wurde.

Am Sonntag besuchte der Herr Generalsuperintendent unsere Stadt, um mit den Kirchenkollegen beider Gemeinden betreffs der Senioratswahlen in Fühlungnahme zu treten. Nach einer lebhaften Aussprache gab der Herr Generalsuperintendent die Zustimmung, daß auf den Senioratsversammlungen keine das Kirchengesetz betreffenden Fragen berührt werden dürfen und daß die genannte Versammlung nur beratenden Charakter tragen werde. Infolgedessen wurde beschlossen, sich an den Wahlen zu beteiligen.

Jüdische Feiertage. Seit gestern abend feiern unsere jüdischen Mitbürger das Laubhüttenfest und das Thoraabendfest („Schmini azzeres“ und „Simchas Thora“) veranlaßt. Am heutigen Fest werden in den Synagogen Andachten für die Abgeschiedenen abgehalten werden. Abends findet das Thoraabendfest statt, an welchem das Thoraavortlesen beendet wird. Am Mittwoch abend ist dieses Fest zu Ende.

bip. Aus der Gemeinde Brus. Da Ruda Pabianicka auf Beschluß des Ministerrats zur Stadt erhoben und Neu-Rosice aus der Gemeinde Brus ausgegliedert und der Stadt Ruda zugegliedert worden ist, hat die Wojewodschaft die Auflösung des bisherigen Gemeinderats der Gemeinde Brus und die Durchführung neuer Gemeinderatswahlen angeordnet.

Eine unerhörte Anordnung des Posener Schulrators! Nachdem das deutsche Gymnasium in Pilehne (Wielen) geschlossen wurde, brachten die Eltern der Schüler dieser Anstalt ihre Kinder nach Lissa in das deutsche Gymnasium. Das Posener Kuratorium hat die Aufnahme dieser Kinder, unter denen sich gegen 30 aus Lodz und Umgebung befinden, ohne Angabe der Gründe verboten. Das ist ein unerhörter Eingriff in die Elternrechte und die Freiheit der Kindererziehung. Seiner abgeordneter Ulla wird sich in dieser Angelegenheit mit einer Abordnung der geschädigten Eltern zum Unterrichtsminister begeben.

Vor einem Streik der Staatsbeamten. Im Zusammenhang mit dem Gerücht, wonach am 6. Oktober ein Streik der Staatsbeamten ausbrechen soll, erfahren wir, daß am 5. Oktober noch eine Zusammenkunft der Delegierten des Verbandes der Stadtbeamten stattgefunden hat, auf der der entsprechende Beschluß gefaßt werden soll.

Zwei Arbeiter-Versammlungen.

Polnische Sozialisten.

pap. Am Sonntag fand im Kino „Reford“ eine politische Versammlung der Polnischen Sozialistischen Partei statt. Herr Potkanski hielt eine längere Rede, in der er auf die Handelspolitik der gegenwärtigen Regierung gegenüber den Nachbarstaaten, auf die gegenwärtige polnische Finanzpolitik sowie auf Frage der Bekämpfung des Wuchers und auf die Krankenkassenwahlen zu sprechen kam.

Der Redner betonte, daß die gegenwärtige Regierung eine durchaus falsche Außenhandelspolitik betreibt, da Polen lediglich Industrieprodukte und nicht, wie dies zurzeit der Fall ist, ausschließlich Lebensmittel ausführen dürfe. Falsch sei auch die Finanzpolitik der gegenwärtigen Regierung, die die Steuern ungerecht verteilte, so daß die Großindustrie und die Landwirtschaft im Verhältnis zu den Arbeitern zu geringe Steuern zahlten. Der von der Regierung geführte Kampf gegen die Deutung sei ein Kampf mit Windmühlenslägeln, der kein positives Ergebnis zeitigen kann und werde, da die Mittel, mit denen er geführt wird, nicht radikal genug seien. Bezüglich der Aufhebung der Krankenkassenwahlen erklärte Redner, daß der Arbeitsminister sie deswegen angeordnet habe, weil er fürchtete, die Arbeiterkraft könnte zu starken Einflüssen auf die Verwaltung der Krankenkasse gewinnen. Die Gründe, mit denen der Arbeitsminister die Notwendigkeit der Aufhebung der Krankenkassenwahlen nachzuweisen sieht, seien unwahr, da in Bialystok, wo die Arbeiterkraft nicht genügend organisiert und deswegen die Gefahr der Übernahme der Krankenkassenverwaltung durch die Arbeiter geringer ist, die Wahlen stattfinden, während in Lodz und Sosnowice, wo die in Verbänden wohlorganisierten Arbeiter in der Verwaltung leicht Oberhand gewinnen könnten, die Krankenkassenwahlen aufgeschoben wurden, um Zeit zur Abänderung des Gesetzes über die Krankenkassen zu gewinnen.

Im Anschluß an die Rede Potkanskis fand eine lebhafte Aussprache statt, während der zahlreiche Redner die Aufhebung der Verordnung des Arbeitsministeriums über die Aufhebung der Krankenkassenwahlen und im Falle einer Nichtberücksichtigung dieser Forderung die Nichterstattung der halben Milliarde, welche die Arbeiter für die Wahlen vorausgaben, von der Regierung verlangten. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der den von der Katastrophe in der Lodzener Grube betroffenen Arbeiterfamilien Beileid geäußert und eine energische Untersuchung verlangt wird, um die Ursache des Unfalls festzustellen. Die Resolution umfaßt ebenfalls eine Erklärung, in der die Hauptschuld an der Niederlage der Arbeiter der Ghena-Piasten-Regierung zur Last gelegt wird.

Die Klassenverbände.

bip. Am Sonntagabend fand eine Konferenz der Vertreter der Verwaltungen aller Klassenverbände statt, in deren Vordergrund die Frage der Ehrung des Andenkens an Ferrer stand. Dr. Wieruski forderte die Klassenverbände auf, an der Feier der Ehrung des Andenkens an Ferrer, die am 18. Oktober begangen wird, teilzunehmen; es wurde demgemäß beschlossen. Darauf wurde ein Bericht über die bisher unternommenen Schritte zur Aufstellung einer gemeinsamen Krankenkassen-Versicherung aller Klassenverbände erstattet. Aus dem Bericht ging hervor, daß in dieser Angelegenheit eine Konferenz stattgefunden habe, an der Vertreter der Polnischen Sozialistischen Partei, des „Bundes“, des Verbandes des Proletariats in Städten und Dörfern sowie Vertreter der „Deutschen Arbeiterpartei“ teilnahmen. Auf dieser Konferenz wurde beschlossen, die Mandate so zu verteilen, daß die P. P. S. 18, der „Verband des Proletariats in Städten und Dörfern“ 9, die „Deutsche Arbeiterpartei“ 5 und der „Bund“ 3 Mandate erhält. Es wurde beschlossen, diese Methode trotz der Ausführung des Abg. Szejewski, welcher sich gegen eine Verteilung der Mandate nach politischen Parteien aussprach, beizubehalten. In der Angelegenheit der Verteilung der beschlagnahmten Lebensmittel erklärte Herr Kaluzanski Bericht, welcher erklärte, daß der Verband ungerechtfertigterweise nur 22 Prozent der beschlagnahmten Waren erhalten habe und daß dagegen bei den maßgebenden Stellen Protest eingelegt werden müsse. Die Angelegenheit der Aufhebung der Krankenkassenwahlen rief eine äußerst lebhafte Aussprache hervor. Herr Kaluzanski wies darauf hin, daß diese Maßnahme ausschließlich politischen Charakter trage und deswegen getraffen worden sei, weil die gegenwärtige Konjunktur für die Regierung nicht besonders günstig sei. Es wurde beschlossen, die Regierung aufzufordern, den Wahltermin wiederherzustellen und der Krankenkasse die für die Wahlen voraus abten Gelder zurückzuerstatten.

Die Wohnbewegung. Vorgestern lief das Wohnbewegungsabkommen mit den Hauswörtern ab. Angefichts dessen beschlossen die Hauswörter, eine Erhöhung ihrer Miete um 1000 Prozent zu beantragen. Der so erhöhte Lohn würde dann für einen Hauswörter 1. Kategorie 732 000 M. monatlich betragen. Dem Regierungskommissar sowie den Arbeitsinspektoren wurde eine Abschrift dieses Beschlusses zugefandt.

Die Hauswörter beschloßen überdies, an den Arbeitsminister eine Abordnung mit einer Denkschrift zu entsenden.

bip. In den Brunnenschacht gestürzt. Der Malinowa 6 wohnhafte Wachselaer Jolles fiel am Hof des Hauses Bzilewa 36 in den Brunnenschacht und brach eine Rippe. Ein Arzt der Unfallrettungsbereitschaft erteilte ihm die erste Hilfe.

bip. Im Tran. Ein gewisser Bronislaw Golembowski verlor sich in betrunkenem Zustand vor dem Hause Sienkiewicza 51 durch Genuß von Joh das Leben zu nehmen. Ein Arzt der Unfallrettungsbereitschaft leistete dem Lebensmüden die erste Hilfe und ließ ihn nach der Krankenkassensammelstelle überführen.

pap. Eine liebe Tochter. Dem Brautpaar 29 wohnhaften Wawrzyniec Wlozarczyk wurden von seiner 20-jährigen Tochter Reanina 950 000 M. sowie Kleidungsstücke im Werte von 2 Millionen Mark geschenkt.

Eine Bluttat in Lodz. In der Kruttsk 11 in Lodz wurde eine gewisse Rosa Grundziska, die Eltern Unterkunft gewährt, von dem Liebhaber einer ihrer Schützlinge, dem sie die Sachen nicht heranzugeben wollte, durch Messerschläge verletzt. Ein Arzt der Unfallrettungsbereitschaft erteilte ihr die erste Hilfe.

bip. Unfälle. An der Ecke der Rostina und Wulcanowa überfuhr ein Kraftwagen die 19-jährige Sofia Durka (Nomen-pania 151). Ein Arzt der Unfallrettungsbereitschaft erteilte ihr die erste Hilfe. — Die 52-jährige Laja Pol allit an der Ecke der Beliskauer und Bieleckstraße aus und brach eine Hand. Ein Arzt der Unfallrettungsbereitschaft leistete ihr die erste Hilfe.

Spende für die Invaliden. Wir werden um Annahme folgender Beilegen gebeten: Die Strumpf- und Sockenmachermeisterinnung sammelte auf einem am 2. September stattgefundenen Vergütigen 1 204 000 M. zugunsten der Invalidenfürsorgegesellschaft. Herzlichen Dank den edlen Spendern.

Spende.

Uns ist nachstehende Spende zur Weitergabe übermittelt worden, für die wir den Spendern im Namen der Bedachten herzlich danken.

Für das evangelische Waisenhaus: 200 000 M., die von Herrn Alfred Groschank in einer Wette mit Herrn A. D. gewonnen wurden. Mit dem bisherigen 2 455 350 M.

Lotterie.

7 Polnische Staatslotterien. (Ohne Gewähr). Am 20. Ziehungsstage der 5. Klasse fielen größere Gewinne auf folgende Nummern:

2 000 000 M. auf Nr. Nr. 3764 4805 87274 51612.
80 000 M. auf Nr. Nr. 8 79 64920 79454.
50 000 M. auf Nr. Nr. 680 9336 32170 44114 44820
46505 58071 61969 66948 70313 71108 73382.
40 000 M. auf Nr. Nr. 1541 2393 2646 4545 4698 7907
10476 15819 15870 17218 19658 22378 22523 24440 27740 38279
46008 47444 49782 54328 61520 68163 71025 71893 79189 79679
80488 82790

Kunst und Wissen.

Winkelfische Morgenfeier.

Am Sonntag mittag fand im Saale der Philharmonie die zweite Morgenfeier statt. Sie war der Musik gewidmet. Während einerseits die Zahl der Besucher nicht so groß war, als zur ersten Matinee, so konnte man andererseits mit Genugtuung feststellen, daß das künstlerische Niveau der diesmal im Konzert Mitwirkenden bedeutend höher war, als das jener.

Der in Lodz Musikreisen bereits wohlbekannte und geschätzte einheimische Geiger Stanislaw Friedberg absolvierte sein erstes Konzert in der diesjährigen Saison und erbrachte in dessen Verlauf den Beweis, daß er die Fertigkeit nicht untätig verachtet, sondern tüchtig an seiner Vervollkommenheit gearbeitet hat. Es ist ihm auch gelungen, einige Mängel in der Bogensführung zu beseitigen. Die Technik seiner linken Hand hat ebenfalls zugenommen. Uebrigens verfügt Friedberg über alle Eigenschaften eines Interpreten getragener Werke: ein schönes kurzes vibrato, einen starken, breiten Ton, meist treffliche Schattierung. Dies alles gewährt die schöne Hoffnung, daß Friedberg sich dereinst zu hervorragender Bedeutung erheben wird. Auf einige Unzulänglichkeiten möchte ich jedoch — schon im Interesse des Künstlers — hinweisen. So mußte beispielsweise die Ausführung des Aufstieges nicht im Marlele, sondern im Detaché-Strich erfolgen. Besonders bei langen Noten (so in der Romance von Wieniawski) mochte sich ein gleichmäßiger Strich ohne starken Anschlag viel besser. Außerdem fand die Flageolettlage (in der Maura von Berce) und die Oktaven (in der „Sonate melancolique“ von Tschajkowskij) etwas unrein gewesen. Auch der Schlusstriller in der „Danse slovaque e-moll“ von Dvorak-Kreisler war nicht tonrein.

Von dem zweiten Solisten Dr. V. Prybulski, der Rieder von Moniusko, Verbi, Rubinstein, Reneman Nachmanow vorzutrag, kann gesagt werden, daß er ein ziemlich geschulter Sänger ist und über ein starkes Organ verfügt. Die niedrigen Töne waren nur etwas verwischt (in „Rigoletto“ von Verbi), auch ist das vibrato seiner Stimme etwas zu breit. Mit Ausnahme des Renemanschen Liedes „Stach“, das schön abgefaßt war (besonders die Kopfstimme zum Schluß sehr gut), konnte man in sämtlichen vorgetragenen Liedern das Fehlen des piano feststellen.

Beide Solisten wurden verständnisvoll und diskret von Direktor Ryder begleitet, ernteten reichen Beifall und mußten sich zu Zugaben bequemen.

S. U. Ark.

Das Eröffnungskonzert des Lodzer Philharmonischen Orchesters findet unter Leitung von Emil Mlynarski heute in der Philharmonie statt. Zur Aufführung gelangt das neueste Werk Dr. Mlynarskis: Symphonie F-dur „Polonia“. Solist des Abends, Meister Anforge, bringt das unsterbliche Es dur Konzert von Beethoven zu Gehör. Karten sowie die Abonnements zum 1. Zyklus großer Symphonie-Konzerte sind in der Philharmonie an der Kasse Nr. 2 erhältlich.



Kirchengesangsverein der St. Johannismunicipality zu Lodz.

Montag, den 8. Oktober d. Js. 1/8 Uhr abends, im Lokale des Lodzer Männergesangsvereins, Pelrikauer Straße 243, für Mitglieder und deren Angehörige

Feier des 39-jähr. Stiftungsfestes

mit reichhaltigem Programm. Nachher gemütliches Beisammensein. Der musikalische Teil wird ausgeführt vom Scheibler'schen Orchester unter Leitung des Kapellmeisters, Herrn A. Thonfeld.

Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Konzertdirektion: ALFRED STRAUCH.

Saal der Philharmonie.

3. Konzert aus dem Zyklus der „Großen Solisten“.

Donnerstag, den 4. Oktober, um 8.30 Uhr abends:

Auftreten des weltberühmten Prof. ROSE

Meister-Quartetts

Im Programm sind vorgesehen: Mozart: Violinen-Quartett B-dur.

Beethoven: Violinen-Quartett E-moll, Op. 59. Haydn: Violinen-Quartett Es-dur, Op. 33/II.

Sonntag, den 7. Oktober, um 8.30 Uhr abends:

Zweites und letztes Auftreten des in ganz Europa berühmten ROSE-QUARTETTS.

Im Programm: Brahms: Violinen-Quartett G-moll. Beethoven: Violinen-Quartett A-dur, Op. 18 V. Schubert: Quartett D-moll (Der Tod und das Mädchen). 2965

Billetts an der Kasse der Philharmonie täglich von 10—1 und von 3—7 Uhr nachm. zu haben.

Dr. med. ROSCHNER
Haut, Geschlechts- und Gynäkologie.
Behandlung mit künstl. Gebärmutter. 1681
Dzińska - Straße 9.
Empf. v. 8—10/2 u. 4—8

Dr. med. BRAUN,
Spezialarzt für
Haut, venerische und
Harnorganerkrankheiten
Poludniowa 23
Empf. v. 8—10, 1—2 und
von 4—8. 2934

Dr. med. 2737
Edmund Eckerl
Haut, Gynäk. u. Geschl.-Kr.
Sprechst. v. 12—3 u. v. 7—9,
Damen 3—4 Uhr nachm.
Kilinskiego-Straße 127
das 3. Haus v. d. Glöwne.

Damen-Schneider-Atelier

SZ. KACZKA

Benedykta-Straße Nr. 10.
Herbst- und Winter-Saison begonnen.

Dampfmaschine 10 Pfl.

in gutem Zustande, sofort zu kaufen gesucht.
Schmelter, Kilinskiego 170. 2920

Kunst-Weberei.

Es werden in Garberoben, Baren, Swaters, Gardinen, Teppiche und Kilims höher aller Art unerfennbar verwebt. 2923
Jest Betritauer 92, im Hofe, Parterre.

Kaufe

Erllanten, Gold, Silber, alte Zähne u. Garberoben. Zahle die besten Preise. Willich, Konstantiner 7 rechte Offizine, 1. Stad. 2420

Gräulein, der deutschen u. polnischen Sprache in Wort u. Schrift mächtig u. mit Maschinenschriften sowie sämtlichen Büroarbeiten durch 4-jährige Praxis vertraut, sucht Stellung hier oder auswärts. Referenzen. Offerten unter „Sofort“ an die Geschäftsstelle d. S. Bl. 2905

Zwei Bettstellen

mit Nachtschränken, Kleiderkasten sowie „Praxis des modernen Maschinenbauers“, 2 Bände, zu verkaufen. Nawrot 32, B. 16. 2905

Stücke der Hausfrau zum sofortigen Antritt gesucht. Anmeldungen vormittags bis 11 Uhr, nachmittags von 5—7. Gdanskstr. 67, Wohnung 4. 2955

Bullterrier

Preiswert zu verkaufen. Rein franz. Rasse, 14 Monate alt. Zu erfahren in Jagd, Agnes Kilinskiego Str. 9. 2937

Zurückgekehrt

Dr. Prybulski

Haut, Haar, venerische u. Harnorganerkrankheiten. Behandlung mit Quarzlicht (Hautausfall) u. Röntgenstrahlen, Elektrisation u. Massage. Von 9—1 u. 4—8, für Damen von 4—5 Uhr. Zawadzka Nr. 1. 2903

Achtung!

Übernehme verschiedene Reparaturen von Nähmaschinen u. anderen Hausgeräten. Wulcanista 119, im Hofe, A. Leitoff. 2900

Lehrling

Sohn achtbarer Eltern, welcher das Tischlerhandwerk erlernen will, kann sich melden. Petrikauer 111, bei W. Höfner. 2978

Handstickerei!

Kleider jeglicher Art werden zum Sticken angenommen. Solide Preise. Ziegelftr. Nr. 80, S. Schmidt. 2921

Wolfschündin

zugelassen.
Gegen Rückerstattung der Unkosten abzuholen. Gdanskstr. 17, b. Wirt. 2943

Kirchen-Gesangs-Verein der St. Trinitatis-Gemeinde zu Lodz.

Anlässlich des bevorstehenden 25-jährigen Jubiläums des Präses unseres Vereins, Herrn Pastor Paul Hadrian findet am Dienstag, den 2. Oktober a. c., in unserem Vereinslokale, pünktlich um 6 1/2 Uhr abends eine wichtige Beipredigung, pünktlich um 7 Uhr Singstunde statt. Die Herren Sänger und die passiven Mitglieder werden höflichst um ein recht vollzähliges und pünktliches Erscheinen gebeten. 2964 Der Vorstand.

Touristen-Club in Lodz.

Donnerstag, den 4. d. S. Mts., findet im Vereinslokale, Kilinskiego 189, die ständige Monatsitzung

Monatsitzung

statt. Um pünktliches Erscheinen der Mitglieder bitten wir. 2959 Der Vorstand.

Societät der Großen Mühle in Kalisz sucht für sofort selbständigen, unbedingt

bilanzfähigen Buchhalter

Es wird reflektiert nur auf erstklassige Kraft mit Fachbildung und Kenntnis der poln. und deutschen Sprache. Lebigen Dankes. Offerten und Zeugnis abdrucken an: Societät der Großen Mühle Reich & Chmielecki in Kalisz zu richten. 2951

Erfahrener älterer Bürovorsteher-Korrespondent

mit Hochschulbildung, prima Referenzen, deutsch, russisch, polnisch, englisch und französisch, sucht ab sofort Stellung in solider Firma hier oder auswärts. Offerten unter „Dolla a month“ in der Geschäftsstelle der „Freien Presse“, Tel. 6-86. 2949

Ca. 1000 Quadratmeter neugeschaffene

Räume

sind per sofort im ganzen eventuell geteilt zu vermieten.

Vereinigte Wäscherei-Werke, Katowice. 2933

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Der neue Posttarif.

Ab 1. Oktober 1923.

1. Stadtverkehr.

Briefe bis 250 Gr. Mark 3000

2. Inlandverkehr.

Einschließlich nach Danzig und Polnisch-Oberschlesien.

Briefe bis 20 Gramm	3000	Einschreibgebühr	3000
bis 250 „	6000	Postanweisungen:	
Postkarten	1500	bis 10.000	200
mit Rückantwort	3000	für jede weitere 10.000 Mtl.	100
Drucksachen:		Geschlossene Wertbriefe:	
bis 25 Gramm	300	bis 20 Gramm	3000
50 „	600	250 „	6000
100 „	1200	zugänglich für jede 100.000 Mtl.	1000
250 „	2500	Wert	
500 „	3500	Karte: bis 1 Kilogr.	5000
1000 „	5000	5 „	25000
Geschäftspapiere (auch Raum- schriften ohne Korrektur)		10 „	50000
bis 250 Gramm	2500	15 „	75000
500 „	3500	20 „	100000
1000 „	5000	Wertgebühr von jedem 100.000 Mtl.	1000
Warenproben:		bei über 100.000 Mtl. Wert eine Sondergebühr von	5000
bis 100 Gramm	1500	Telegramme für jedes Wort	3000
250 „	2500	Mindestgeb.	30000
500 „	3500	Preissetelegramme: 50% billiger.	
1000 „	5000		

3. Auslandverkehr:

Briefe: bis 20 Gramm. Mtl. 4000 für jede weitere 20 Gr.	2500	Warenproben:	
Postkarten	3000	für jede 50 Gramm	1000
Drucksachen:		(Höchstgew. 350 Gramm)	
für jede 50 Gramm	1000	wenigst.	2000
(Höchstgewicht 2 Kilogr.)		Einschreibgebühr	5000
Geschäftspapiere:		Einbotengebühr	10000
für 50 Gramm	1000	Briefe nach der Tschechoslowakei und Ungarn:	
mindestens aber	5000	für gew. Briefe bis 20 Gr.	4000
(Höchstgewicht 2 Kilogr.)		jede weitere 20 „	2500
		Postkarten	2000
		Drucksachen Inlandtarif.	

Neue Anzeigen- u. Bezugspreise

ab 1. Oktober 1923

der

„Freie Presse“.

Infolge erneuter plötzlicher Preissteigerung sämtlicher Artikel, insbesondere aber des Papiers, der Arbeitslöhne, der Druckmaterialien und der Steuerbelastung, sehen wir uns veranlaßt, für unsere Zeitung folgende neue Bedingungen festzusetzen:

Die Einzelnummer kostet im Straßenverkauf:

an den Wochentagen Mark 6000.—

„ „ Sonntagen „ 7000.—

Abonnements:

Ohne Zustellung in der Stadt monatlich 150.000.—

Mit Zust. in Stadt u. Land für die laufende Woche 40.000. „ 160.000.—

Lehrer und Geistliche deutscher Nationalität zahlen 25% weniger.

Anzeigen-Tarif:

Die 7gepaßte Millimeterzeile kostet im Inseratenteil Mtl. 2000.—

3 „ im Restamettell „ 8000.—

Im lokalen Teile für die Korpuschriftzeile „ 15000.—

Bei Wiederholungen von Inseraten desselben Inhalts beträgt der Rabatt:

bei 3-maliger Wiederholung 10 %.

„ 6 „ 15 %.

„ 10 „ 25 %.

Für das Ausland 50 Prozent Zuschlag.

Sämtliche Beträge sind im voraus auf unser Postcheckkonto Nr. 60,689,

„Freie Presse“ oder bei der Deutschen Genossenschaftsbank, Lodz, einzuzahlen.

Säumige Zahler haben bei Entrichtung der Bezugsgebühr für die rück-

stehenden Monate den zuletzt gültigen Abonnementspreis zu zahlen.

Unser Konto in Danzig: Danziger Privat-Aktien-Bank, Langgasse 32—34,

Deutschland: Deutsche Privatbank, G. m. b. H., Berlin W 35. Am Karlsbad, 29.

„Freie Presse“.